

Bundestagswahl 2017: Aggregatdatenanalyse

Der Einfluss sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale auf die Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile der Parteien



Von Dr. Annette Illy

Am 24. September 2017 fand die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag statt. Noch in der Wahlnacht hat das Statistische Landesamt die Ergebnisse dieser Wahl analysiert. Die Auswertungen umfassten im Rahmen einer Aggregatdatenanalyse auch eine Korrelationsanalyse, die auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden durchgeführt wurde. Die

Korrelationsanalyse gibt Auskunft über statistische Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Zweitstimmenanteilen der Parteien einerseits und ausgewählten sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen andererseits. In diesem Beitrag wird die Korrelationsanalyse um die Ergebnisse multivariater Regressionen ergänzt.

Zusammenhänge zwischen Partei-stimmenanteilen und sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen

Große
Unterschiede
in Wahlbe-
teiligung und
Parteistim-
menanteilen

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 unterschieden sich die Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile der Parteien in den einzelnen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz teils beträchtlich. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung und dem Wählerverhalten stehen mit einer Vielzahl von Strukturmerkmalen in Zusammenhang. Das zeigen die Ergebnisse einer Regressionsanalyse, in der ausgewählte sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale von 139 Verwaltungsbezirken berücksichtigt wurden.

Bei einigen Merkmalen zeigen sich Unterschiede zu den Ergebnissen der Korrelationsanalyse. Dies ist methodisch bedingt: Im Rahmen der Korrelationsanalyse werden

nur statistische Zusammenhänge zwischen einer Strukturvariable (z. B. der Bevölkerungsdichte) und dem Wahlergebnis einer Partei bzw. der Wahlbeteiligung untersucht. Die Zusammenhänge können jedoch auch durch weitere Merkmale induziert sein. In der Regressionsanalyse werden alle Merkmale gleichzeitig berücksichtigt. So könnte die negative Korrelation zwischen Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung beispielsweise auch auf den höheren Anteil von jungen Menschen, Akademikerinnen und Akademikern, Ausländerinnen und Ausländern oder den höheren Schuldenstand in Verwaltungsbezirken mit höherer Bevölkerungsdichte zurückzuführen sein. Dies wäre eine Erklärung dafür, dass die Bevölkerungsdichte im Regressionsmodell einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung hat, während die Korrelationsanalyse zu einem negativen statistischen Zusammenhang kommt.

Methodik

Der statistische Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Zweitstimmenanteilen der Parteien einerseits und ausgewählten sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen als erklärenden Variablen andererseits wird mithilfe multivariater linearer Regressionen auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden untersucht. Es werden insgesamt sieben Regressionsmodelle für die abhängigen Variablen „Wahlbeteiligung“ und „Landesstimmenanteile“ der sechs in den neuen Bundestag gewählten Parteien geschätzt.

Für diese Regressionsmodelle werden die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und das korrigierte Bestimmtheitsmaß (korrigiertes R^2) ausgewiesen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden in allen Modellen die gleichen unabhängigen Variablen und die gleiche Anzahl an Untersuchungseinheiten berücksichtigt.

Der **standardisierte Regressionskoeffizient Beta** gibt die Stärke und Richtung des linearen Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable an. Im multivariaten Modell wird dieser Einfluss unter Berücksichtigung des Einflusses der übrigen unabhängigen Variablen geschätzt (statistisch kontrolliert).

Ein Beta-Wert von +1 weist auf einen perfekten positiven Einfluss, ein Beta-Wert von -1 auf einen perfekten negativen Einfluss der unabhängigen Variable auf die abhängige Variable hin. Bei einem Beta-Wert von Null existiert kein linearer Zusammenhang. Ob ein Regressionskoeffizient signifikant von null verschieden ist, wird bei gängigen Irrtumswahrscheinlichkeiten (zehn, fünf und ein Prozent) getestet.

Multikollinearität zwischen den erklärenden Variablen, die die Stabilität und die Genauigkeit der Schätzung beeinträchtigt, liegt in keinem problematischen Ausmaß vor (Varianzinflationsfaktoren < 10).

Die Beschreibung der Ergebnisse konzentriert sich auf die signifikanten Effekte. Das **korrigierte Bestimmtheits-**

maß gibt an, wie gut die abhängige Variable durch das Modell „erklärt“ wird. Im bestmöglichen Fall nimmt es den Wert Eins an, im schlechtesten Fall wird es negativ.

Bei der Interpretation der Ergebnisse gilt es Folgendes zu bedenken:

- Grundsätzlich sollten weitreichende Schlussfolgerungen nie allein auf Basis statistischer Analysen gezogen werden, sondern sich auch auf ein fachwissenschaftliches theoretisches Modell stützen.
- Aus den Ergebnissen der Regression kann nicht auf das individuelle Wählerverhalten geschlossen werden. Ein starker Einfluss beispielsweise des Arbeitslosenanteils auf den Stimmenanteil einer bestimmten Partei muss nicht bedeuten, dass diese Partei überwiegend von Arbeitslosen gewählt wird. Eine hohe Arbeitslosigkeit kann auch die Wahlentscheidung von Erwerbstätigen beeinflussen.
- Der Einfluss einer unabhängigen Variablen kann sich ändern, wenn weitere, hier nicht berücksichtigte unabhängige Variablen ins Modell aufgenommen werden. Gleiches gilt für die Berücksichtigung weiterer Verwaltungsbezirke, die aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht untersucht werden konnten.
- Die zeitliche Reihenfolge wurde nicht kontrolliert. Selbst ein hoher und signifikanter Einfluss berechtigt damit nicht zu Schlüssen über Ursache und Folge. Ein hoher Regressionskoeffizient des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner auf den Stimmenanteil einer bestimmten Partei könnte durch den Einfluss des Wohlstandsniveaus auf das Wählerverhalten entstehen oder umgekehrt durch den Einfluss der Politik auf die Einkommenssituation.
- Ein Regressionskoeffizient mit dem Wert Null bedeutet, dass kein linearer Zusammenhang vorliegt. Es könnte dennoch ein nicht-linearer Zusammenhang bestehen. Beispielsweise könnte eine Partei in Regionen ohne Bevölkerungswachstum sehr erfolgreich sein, während sie in Regionen mit Bevölkerungswachstum bzw. -rückgang nur geringe Stimmenanteile erhält.

Starker statistischer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Zahl der SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher

Wahlbeteiligung zwischen 65,4 und 86,8 Prozent

Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als erstrebenswert, da sie die Funktionsfähigkeit der Demokratie sichert und politische Entscheidungsträger legitimiert. In Rheinland-Pfalz war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 mit 77,7 Prozent höher als bei den beiden Bundestagswahlen zuvor (2009 und 2013). Gleichwohl fiel sie in den 139 Verwaltungsbezirken des Landes, die in die Untersuchung einbezogen wurden, sehr unterschiedlich aus. Am größten war das Wahlinteresse in der Verbandsgemeinde Bodenheim im Landkreis Mainz-Bingen (86,8 Prozent) und am geringsten in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim (65,4 Prozent).

Bei der Wahlbeteiligung zeigt sich in dem multiplen Regressionsmodell der mit Abstand stärkste statistische Zusammenhang zum Merkmal SGB II-Bezug („Hartz IV“). Je höher der Anteil von SGB II-Bezieherinnen und -Beziehern an der unter 65-jährigen Bevölkerung ist, desto geringer ist die Wahlbeteiligung ($\beta = -0,70$). Die SGB II-Quote gilt als Indikator für die soziale Lage bzw. für die Armut in einer Region.

Stark negativer Effekt der SGB II-Quote auf die Wahlbeteiligung

Neben der SGB II-Quote haben noch andere sozialstrukturelle Merkmale Einfluss auf die Wahlbeteiligung. In kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden mit höherem Akademikeranteil bzw. mit höherem Bevölkerungsanteil ohne beruflichen Abschluss nehmen mehr Wahlberechtigte ihr Stimmrecht in Anspruch

T 1 Übersicht der in der Aggregatdatenanalyse verwendeten Strukturmerkmale

| Merkmal | Zeitpunkt | Datenquelle |
|--|-----------|--|
| Bevölkerungsdichte (Bevölkerung je km ²) | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung, Gebietsstand |
| Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2015 (in Prozent) | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| Entwicklung des Ausländeranteils 2011 bis 2015 (in Prozentpunkten) | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| Anteil der ... an der Bevölkerung | | |
| unter 18-jährigen | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| 18- bis unter 30-jährigen | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| 65-jährigen und Älteren | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| Frauen | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| Ausländer/-innen | 31.12.15 | Bevölkerungsfortschreibung |
| Katholiken/-innen minus Protestanten/-innen | 2011 | Zensus 2011 (Gebietsstand 2017) |
| Ledigen | 2011 | Zensus 2011 (Gebietsstand 2017) |
| Verwitweten | 2011 | Zensus 2011 (Gebietsstand 2017) |
| Anteil der ... an allen Haushalten | | |
| Haushalte von Alleinerziehenden | 2011 | Zensus 2011 (Gebietsstand 2017) |
| ... je Einwohner/-in | | |
| Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich insgesamt | 2015 | Schuldenstatistik, Bevölkerungsfortschreibung |
| ... je Steuerpflichtige/-m | | |
| Zu versteuerndes Einkommen | 2013 | Lohn- und Einkommensteuerstatistik |
| Anteil der ... an der unter 65-jährigen Bevölkerung | | |
| Regelleistungsberechtigten in SGB II-Bedarfsgemeinschaften | 31.12.15 | Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungsfortschreibung |
| Anteil der ... an allen Wohnungen | | |
| leer stehenden Wohnungen | 2011 | Zensus 2011 (Gebietsstand 2017) |
| Anteil der ... an den Erwerbspersonen insgesamt | | |
| Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich | 2011 | Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011) |
| Arbeiter/-innen sowie Angestellten | 2011 | Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011) |
| Selbstständigen | 2011 | Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011) |
| Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren ... | | |
| (noch) ohne beruflichen Abschluss | 2011 | Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011) |
| mit (Fach-)Hochschulabschluss | 2011 | Zensus-Stichprobe 2011 (Gebietsstand 2011) |

(Beta = 0,27 bzw. 0,16) als in Verwaltungsbezirken mit einem hohen Anteil an Menschen mit Berufsabschluss.

Wahlbeteiligung höher in Verwaltungsbezirken mit weniger Einwohnern unter 30 und ab 65 Jahren

Zudem ist die politische Partizipation in Verwaltungsbezirken höher, die geringere Bevölkerungsanteile von unter 30-Jährigen (unter 18-Jährige: Beta = -0,16; 18- bis unter 30-Jährige: -0,26) sowie von 65-Jährigen und Älteren (Beta = -0,23) aufweisen.

Die multiple Regression zeigt einen positiven Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Bevölkerungsdichte. In stärker verdichteten Verwaltungsbezirken, also in Städten und Ballungsräumen, ist die Wahlbeteiligung tendenziell höher als in dünner besiedelten Gebieten (Beta = 0,21).

Der Familienstand hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. In Verwaltungsbezirken mit einem hohen Anteil Lediger gehen weniger Wahlberechtigte wählen (Beta = -0,33).

Verwendete Strukturdaten

Die in die Aggregatdatenanalyse einbezogenen Daten stammen aus der amtlichen Statistik der Jahre 2013 und 2015 und dem letzten Zensus mit dem Stichtag 9. Mai 2011.

Ein Teil der Zensusdaten wurde mit einer Stichprobe erhoben, in die ausschließlich Gemeinden einbezogen waren, die am 31. Dezember 2009 mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner aufwiesen. In die Regressionsanalyse konnten daher nur die 139 Gebietseinheiten (Gebietsstand 2017: zwölf kreisfreie Städte, 26 verbandsfreie Gemeinden und 101 Verbandsgemeinden) einbezogen werden, die diese Mindestgröße erreichten und seit 2011 von keiner Gebietsreform betroffen waren.

Je stärker der Ausländeranteil zwischen 2011 und 2015 stieg, umso höher war tendenziell die Wahlbeteiligung (Beta = 0,12).

Von den ökonomischen Merkmalen zeigt sich in der Regressionsanalyse nur ein signifikanter statistischer Zusammenhang zur Erwerbsstruktur. Eine höhere Wahlbeteiligung weisen Verwaltungsbezirke mit einem höheren Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich auf (Beta = 0,14).

CDU erzielt gute Ergebnisse in katholisch geprägten Gebieten

Bei der Bundestagswahl 2017 stimmte etwa jede dritte Wählerin bzw. jeder dritte Wähler für die Christdemokraten (35,9 Prozent). Die CDU wurde damit wieder stärkste Partei, musste aber im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 deutliche Stimmenverluste hinnehmen (-7,4 Prozentpunkte). Ihr bestes Ergebnis erzielte die Union in der Verbandsgemeinde Ulmen im Landkreis Cochem-Zell. Mit 51,6 Prozent votierte dort jede zweite Wählerin bzw. jeder zweite Wähler für die Christdemokraten. In der Verbandsgemeinde Altenglan im Landkreis Kusel war der Stimmenanteil der CDU mit 26,1 Prozent am niedrigsten.

26,1 bis 51,6 Prozent der Stimmen für die CDU

Die konfessionelle Bevölkerungsstruktur eines Verwaltungsbezirks hat den mit Abstand stärksten Einfluss auf den Wahlausgang für die CDU. Je größer die Differenz zwischen Katholiken- und Protestantenanteil zugunsten der Katholikinnen und Katholiken ausfällt, desto besser schneidet die Union ab (Beta = 0,83).

CDU vor allem in überwiegend katholisch geprägten Verwaltungsbezirken stark

Bei der Altersstruktur der Bevölkerung zeigt sich ein positiver Effekt des Seniorenanteils. Das CDU-Ergebnis fällt in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil der 65-Jäh-

rigen und Älteren tendenziell besser aus (Beta = 0,21).

Positiver Effekt des Selbstständigenanteils auf den CDU-Stimmenanteil

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen wirkt ebenfalls positiv auf das Wahlergebnis der Christdemokraten. Je höher der Anteil der Selbstständigen in einer kreisfreien Stadt, verbandsfreien Gemeinde und Verbandsgemeinde ist, desto höher ist der Stimmenanteil der CDU (Beta = 0,17).¹

Auch der Anteil der SGB II-Regelleistungsberechtigten („Hartz IV“) hat Einfluss auf das CDU-Ergebnis, allerdings einen inversen. Für die Christdemokraten wird umso eher gestimmt, je geringer die SGB II-Quote ist (Beta = -0,16).

CDU-Anteil höher in Verwaltungsbezirken mit unterdurchschnittlichem öffentlichen Schuldenstand

Die Union ist zudem in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgreicher, in denen der öffentliche Schuldenstand unterdurchschnittlich und das zu versteuernde Einkommen der Einwohnerinnen und Einwohner überdurchschnittlich ist. Je höher der Schuldenstand eines Verwaltungsbezirks ist, desto unwahrscheinlicher ist ein hoher CDU-Stimmenanteil (Beta = -0,10). In Verwaltungsbezirken mit einem höheren zu versteuernden Einkommen je Steuerpflichtigem erreichen die Christdemokraten überdurchschnittliche Ergebnisse (Beta = 0,10).

Die CDU ist außerdem erfolgreicher in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil von Personen, die (noch) keinen beruflichen Abschluss haben (Beta = 0,11), sowie in Verwaltungsbezirken, in denen der Ausländeranteil seit 2011 unterdurchschnittlich zunahm (Beta = -0,11).

¹ Am Beispiel des Selbstständigenanteils wird sichtbar, dass die in der Wahlnachtanalyse durchgeführten Korrelationen Zusammenhänge zeigten, die in der hier durchgeführten Regressionsanalyse der Kontrolle von Drittvariablen nicht stand hielten und umgekehrt.

SPD ist vor allem in Verwaltungsbezirken mit hohem Protestantenanteil erfolgreich

Die SPD errang 24,1 Prozent der gültigen Zweitstimmen und wurde damit hinter der CDU zweitstärkste Partei. Auch die Sozialdemokraten mussten kräftige Einbußen hinnehmen. Sie konnten in der Verbandsgemeinde Altenglan die meisten Wählerinnen und Wähler mobilisieren, also in der Verbandsgemeinde, in der die CDU ihr schlechtestes Wahlergebnis verzeichnete. In Altenglan stimmten 35 Prozent für die SPD. Das schwächste Ergebnis erzielten die Sozialdemokraten mit 16,4 Prozent in Adenau im Landkreis Ahrweiler, also dort, wo die CDU stark war.

SPD-Stimmenanteil zwischen 16,4 und 35 Prozent

Die SPD ist besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken, in denen mehr Menschen der evangelischen als der römisch-katholischen Kirche angehören. Je höher der Anteil von Katholikinnen und Katholiken an der Bevölkerung ist, desto geringer ist der Stimmenanteil für die SPD (Beta = -0,66). Der Effekt ist also gegenläufig zu dem bei der CDU beobachteten Zusammenhang.

Stärkster Zusammenhang zwischen Protestantenanteil und SPD-Stimmenanteil

Die Stellung im Beruf hat ebenfalls einen Einfluss auf das Stimmenergebnis der Sozialdemokraten. Je höher der Anteil der Selbstständigen ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die SPD dort überdurchschnittliche Resultate erzielt (Beta = -0,39). Auch hier ist der Effekt entgegengesetzt zur CDU.

SPD-Anteil geringer in Verwaltungsbezirken mit hohem Selbstständigenanteil

Ein schwächeres Ergebnis erzielt die SPD auch in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil von Menschen, die (noch) ohne Berufsabschluss sind (Beta = -0,24).

Ein statistischer Einfluss auf das Stimmenergebnis der SPD zeigt sich auch beim Familienstand der Einwohnerinnen und Einwohner. Die Sozialdemokraten sind in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und

SPD erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit hohem Anteil Verwitweter

Verbandsgemeinden umso erfolgreicher, je größer der Bevölkerungsanteil der Verwitweten ist (Beta = 0,31).

SPD-Anteil
höher in
Verwaltungs-
bezirken mit
relativ junger
Bevölkerung

In Verwaltungsbezirken mit einer jüngeren Bevölkerung schneidet die SPD vergleichsweise günstiger ab. Je größer der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung ist, desto höher ist der Stimmenanteil der Sozialdemokraten (Beta = 0,18). Zudem erzielt die SPD bessere Ergebnisse in Verwaltungsbezirken, in denen der Ausländeranteil zwischen 2011 und 2015 überdurchschnittlich zunahm (Beta = 0,19).

Für den öffentlichen Schuldenstand zeigt sich ebenfalls ein positiver Zusammenhang zum Wahlergebnis der Sozialdemokraten. Je höher der öffentliche Schuldenstand ist,

umso besser fällt das Ergebnis der SPD aus (Beta = 0,15).

AfD-Stimmenanteil zeigt stärkeren statistischen Zusammenhang zum Familienstand

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist erst zum zweiten Mal bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten. Sie konnte ihr Ergebnis gegenüber der Wahl 2013 deutlich verbessern. Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die AfD 11,2 Prozent der gültigen Zweitstimmen und wurde damit hinter CDU und SPD drittstärkste Partei. Den höchsten Stimmenanteil erreichte die Partei in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim (22,1 Prozent). Mit 6,8 Prozent entfielen in der Verbandsgemeinde Prüm von den

AfD erreicht
Stimmenanteil
von 6,8 bis
22,1 Prozent

T 2

Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2017

| Merkmal | Wahlbeteiligung | CDU | SPD | AfD | FDP | GRÜNE | DIE LINKE |
|---|-----------------|----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Bevölkerungsdichte | 0,21 *** | -0,03 | -0,02 | 0,02 | 0,01 | 0,01 | 0,04 |
| Bevölkerungsentwicklung | 0,05 | -0,07 | -0,01 | 0,03 | 0,09 | 0,16 ** | -0,14 |
| Entwicklung des Ausländeranteils | 0,12 * | -0,11 * | 0,19 * | -0,03 | -0,21 * | 0,06 | 0,22 ** |
| Anteil der ... an der Bevölkerung | | | | | | | |
| unter 18-Jährigen | -0,16 ** | 0,05 | 0,18 * | -0,14 | -0,09 | -0,17 ** | 0,17 * |
| 18- bis unter 30-Jährigen | -0,26 ** | 0,05 | -0,19 | 0,13 | 0,07 | -0,20 * | 0,20 |
| 65-Jährigen und Älteren | -0,23 ** | 0,21 * | -0,05 | -0,39 ** | 0,14 | 0,04 | 0,27 * |
| Frauen | 0,04 | -0,06 | -0,08 | -0,04 | -0,05 | 0,18 *** | 0,17 ** |
| Ausländer/-innen | -0,13 | -0,07 | -0,06 | -0,05 | 0,27 ** | 0,07 | 0,08 |
| Katholiken/-innen minus Protestanten/-innen | -0,04 | 0,83 *** | -0,66 *** | -0,32 *** | 0,08 | -0,17 *** | -0,34 *** |
| Ledigen | -0,33 *** | -0,01 | 0,19 | -0,62 *** | -0,14 | 0,48 *** | 0,49 *** |
| Verwitweten | -0,14 | -0,05 | 0,31 * | -0,10 | -0,15 | -0,11 | -0,05 |
| Anteil der ... an allen Haushalten | | | | | | | |
| Haushalte von Alleinerziehenden | -0,04 | 0,01 | -0,09 | 0,13 * | -0,07 | -0,10 * | 0,09 |
| ... je Einwohner/-in | | | | | | | |
| Öffentlicher Schuldenstand | 0,05 | -0,10 * | 0,15 * | 0,02 | -0,26 *** | 0,01 | 0,13 * |
| ... je Steuerpflichtige/-m | | | | | | | |
| Zu versteuerndes Einkommen | 0,00 | 0,10 * | -0,13 | -0,14 * | 0,10 | 0,10 * | -0,05 |
| Anteil der ... an der unter 65-jährigen Bevölkerung | | | | | | | |
| SGB II-Bezieher/-innen | -0,70 *** | -0,16 * | 0,04 | 0,40 *** | 0,00 | 0,02 | -0,15 |
| Anteil der ... an allen Wohnungen | | | | | | | |
| leer stehenden Wohnungen | 0,01 | 0,05 | -0,03 | -0,20 ** | 0,13 | -0,12 * | 0,16 * |
| Anteil der ... an den Erwerbspersonen insgesamt | | | | | | | |
| Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich | 0,14 * | -0,02 | 0,10 | -0,04 | 0,02 | -0,06 | 0,06 |
| Arbeiter/-innen sowie Angestellten | -0,03 | 0,01 | -0,13 | 0,33 ** | -0,07 | -0,19 * | -0,12 |
| Selbstständigen | 0,07 | 0,17 ** | -0,39 *** | 0,18 | 0,32 ** | -0,01 | -0,41 *** |
| Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren ... | | | | | | | |
| (noch) ohne beruflichen Abschluss | 0,16 *** | 0,11 * | -0,24 *** | 0,09 | -0,07 | -0,01 | 0,00 |
| mit (Fach-)Hochschulabschluss | 0,27 *** | -0,05 | -0,22 | -0,01 | 0,17 | 0,26 *** | 0,13 |
| korrigiertes R ² | 0,82 | 0,83 | 0,60 | 0,60 | 0,55 | 0,79 | 0,69 |
| Zahl der Verwaltungseinheiten | 139 | 139 | 139 | 139 | 139 | 139 | 139 |

Ausgewiesen sind die standardisierten Regressionskoeffizienten (Beta). Alle Modelle wurden mit einer Konstante geschätzt.
***/**/*: signifikant zum 1-/5-/10-Prozent-Niveau.

139 Verwaltungseinheiten, die insgesamt in die Analyse einbezogen wurden, relativ die wenigsten Stimmen auf die AfD. Aufgrund des Wandels der Parteienlandschaft ist die Frage von besonderem Interesse, wodurch Verwaltungsbezirke gekennzeichnet sind, in denen die AfD erfolgreich ist bzw. in denen sie nur wenig Zuspruch erhält.

Negativer Zusammenhang zwischen Anteil der Ledigen und AfD-Stimmenanteil

Der im Vergleich zu allen anderen berücksichtigten Merkmalen stärkste Einfluss ergibt sich beim Familienstand. Das Ergebnis für die AfD fällt umso besser aus, je geringer der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung ist ($\text{Beta} = -0,62$). Die AfD ist damit in Verwaltungsbezirken besonders stark, in denen die meisten in einer Ehe oder Lebenspartnerschaft leben oder gelebt haben.

Zudem schneidet die AfD in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Anteil von Haushalten von Alleinerziehenden besser ab ($\text{Beta} = 0,13$).

Unabhängig vom Familienstand ist die AfD in Verwaltungsbezirken mit einer älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter; $\text{Beta} = -0,39$) weniger erfolgreich.

AFD-Anteil steigt mit SGB II-Quote

Eine relativ hohe SGB II-Quote erhöht die Wahrscheinlichkeit für einen Wahlerfolg der AfD. Je mehr SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher ein Verwaltungsbezirk zählt, desto besser schneidet die AfD ab ($\text{Beta} = 0,40$).

Verwaltungsbezirke mit überdurchschnittlichen Ergebnissen für die AfD weisen zudem einen überdurchschnittlichen Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten an den Erwerbstätigen insgesamt auf ($\text{Beta} = 0,33$).

AFD weniger erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit hohem Katholikenanteil

Je höher der Katholikenanteil im Vergleich zum Protestantenanteil ausfällt, desto schlechter ist das Wahlergebnis für die AfD ($\text{Beta} = -0,32$).

Auch der Wohnungsleerstand, ein Merkmal für die Attraktivität einer Region, hat einen Einfluss auf das AfD-Ergebnis. Je höher der Anteil der leer stehenden Wohnungen ist, desto seltener wird in den entsprechenden Verwaltungsbezirken für die AfD gestimmt ($\text{Beta} = -0,20$).

Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dem zu versteuernden Einkommen je Steuerpflichtigen und dem Abschneiden der „Alternative für Deutschland“. Je höher das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen ist, umso niedriger ist der Stimmenanteil der AfD ($\text{Beta} = -0,14$).

Der Ausländeranteil in einem Verwaltungsbezirk hat keinen signifikanten statistischen Einfluss auf den Stimmenanteil der AfD. Es besteht also kein linearer Zusammenhang zwischen der Höhe des Ausländeranteils und dem Stimmenanteil der AfD. Das gleiche gilt für die Veränderung des Ausländeranteils zwischen 2011 und 2015.

Kein signifikanter Einfluss des Ausländeranteils auf AfD-Stimmenanteil

FDP wird in Verwaltungsbezirken mit hohem Selbstständigenanteil gewählt

Die Freien Demokraten konnten ihr Wahlergebnis im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 deutlich verbessern. Die FDP kam 2017 auf 10,4 Prozent der gültigen Zweitstimmen (+4,9 Prozentpunkte), wobei sie in der Verbandsgemeinde Freinsheim im Kreis Bad Dürkheim mit 15,5 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielte. Relativ gesehen votierten die wenigsten Wählerinnen und Wähler für die FDP in der Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau im Landkreis Kaiserslautern (6,7 Prozent).

FDP-Stimmenanteil zwischen 6,7 und 15,5 Prozent

Prozentual machen besonders viele Wählerinnen und Wähler auf dem Wahlzettel ihr Kreuz bei der FDP in Verwaltungsbezirken mit vergleichsweise hohem Selbstständigenanteil.

Starker Zusammenhang zwischen Selbstständigenanteil und FDP-Ergebnis

genanteil. Je höher der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen ist, desto besser fällt das Wahlergebnis für die Freien Demokraten aus (Beta = 0,32).

FDP-Anteil
höher in
Verwaltungs-
bezirken mit
geringem
öffentlichen
Schuldenstand

Eine geringe Verschuldung der öffentlichen Haushalte wirkt sich ebenfalls positiv auf den Stimmenanteil der Partei aus. Je geringer der Schuldenstand in einem Verwaltungsbezirk ist, desto höher ist der Stimmenanteil für die FDP (Beta = -0,26).

FDP erfolgreich
in Verwaltungs-
bezirken mit
hohem Auslän-
deranteil

Die Freien Demokraten erzielen in Verwaltungsbezirken mit einem hohen Ausländeranteil besonders gute Ergebnisse. Je größer der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung ist, desto höher fällt der FDP-Stimmenanteil aus (Beta = 0,27). Dagegen schneidet die FDP in Verwaltungsbezirken mit einem starken Anstieg des Ausländeranteils schwächer ab (Beta = -0,21).

GRÜNE schneiden in Verwaltungsbezirken mit hohem Ledigenanteil besser ab

GRÜNE
erreichen
zwischen
3,3 und
15,2 Prozent

Die GRÜNEN erhielten bei der Bundestagswahl 7,6 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich aller in die Analyse einbezogenen kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erreichten die GRÜNEN ihr bestes Ergebnis in der Landeshauptstadt Mainz (15,2 Prozent). In der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land im Landkreis Südwestpfalz verbuchten die GRÜNEN ihren niedrigsten Zweitstimmenanteil (3,3 Prozent).

Stärkster
Einfluss des
Ledigenanteils
auf Stimmen-
anteil der
GRÜNEN

In Verwaltungsbezirken mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Ledigen schneiden die GRÜNEN tendenziell besser ab. Je höher der Bevölkerungsanteil von Personen ist, die nicht verheiratet bzw. verpartnert sind bzw. es nie waren, desto höher ist auch der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = 0,48).

Die Art des beruflichen Ausbildungsniveaus und des Berufs, dem die Einwohnerinnen und Einwohner eines Verwaltungsbezirkes nachgehen, hat ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlchancen der GRÜNEN. In Verwaltungsbezirken mit hohem Akademikeranteil schneiden die GRÜNEN besser ab (Beta = 0,26). Je mehr Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte unter den Erwerbspersonen sind, desto unwahrscheinlicher ist dagegen ein hoher Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = -0,19).

Auch die Altersstruktur der Bevölkerung hat einen statistischen Einfluss auf das Wahlergebnis der GRÜNEN. In Verwaltungsbezirken mit einer relativ jungen Bevölkerung erzielen die GRÜNEN geringere Stimmenanteile (Anteil der unter 18-Jährigen: Beta = -0,17; Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen: Beta = -0,20). Eine wachsende Bevölkerung wirkt sich dagegen positiv auf den Erfolg der GRÜNEN aus. Je stärker die Einwohnerzahl zwischen 2005 und 2015 gestiegen ist, umso höher ist der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = 0,16).

GRÜNE
schneiden
besser ab in
Verwaltungs-
bezirken mit
niedrigem An-
teil der unter
30-Jährigen

Das Wahlergebnis der GRÜNEN wird auch von der Geschlechterstruktur der Bevölkerung beeinflusst. Wohnen in einem Verwaltungsbezirk mehr Frauen als Männer, steigen die Wahlchancen der GRÜNEN (Beta = 0,18).

Positiver Zu-
sammenhang
zwischen Frau-
enanteil und
Wahlergebnis
der GRÜNEN

Die GRÜNEN sind erfolgreicher in Verwaltungsbezirken, in denen relativ mehr Menschen der evangelischen als der römisch-katholischen Kirche angehören. Je höher der Anteil von Katholikinnen und Katholiken an der Bevölkerung, desto geringer ist der Stimmenanteil für die GRÜNEN (Beta = -0,17).

Leben in einem Verwaltungsbezirk vergleichsweise viele Alleinerziehende, verringern sich die Wahlchancen der GRÜNEN. Je

Stimmenanteil der GRÜNEN niedriger in Verwaltungsbezirken mit hohem Anteil Alleinerziehender

höher der Bevölkerungsanteil von Müttern bzw. Vätern ist, die ihr Kind ohne Partner bzw. Partnerin großziehen, desto geringer ist der Stimmenanteil der GRÜNEN (Beta = -0,10).

Kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden mit einem hohen Wohnungsleerstand zählen ebenfalls nicht zu den Verwaltungsbezirken, in denen die GRÜNEN erfolgreich sind. Je größer der Anteil leer stehender Wohnungen ist, desto geringer fällt der Stimmenanteil der GRÜNEN aus (Beta = -0,12).

Positiver Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Einkommen und GRÜNEN-Anteil

Auch die Einkommensstruktur der Bevölkerung beeinflusst das Abschneiden der GRÜNEN. Ist das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen in einem Verwaltungsbezirk relativ hoch, erreichen die GRÜNEN tendenziell bessere Wahlergebnisse (Beta = 0,10).

DIE LINKE erfolgreicher in Verwaltungsbezirken mit junger Bevölkerung

DIE LINKE erreicht zwischen vier und 10,9 Prozent

Die Partei DIE LINKE kam bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz lediglich 6,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen. In den 139 analysierten Verwaltungsbezirken erzielte die Partei ihr bestes Ergebnis in der kreisfreien Stadt Trier. Dort erreichte sie einen Stimmenanteil von 10,9 Prozent. In Ulmen im Landkreis Cochem-Zell, der Verbandsgemeinde mit dem höchsten CDU-Stimmenanteil, schnitt die Linkspartei mit vier Prozent der Stimmen am schlechtesten ab.

DIE LINKE stärker in Verwaltungsbezirken mit relativ hohem Ledigenanteil

DIE LINKE ist – wie die GRÜNEN – besonders erfolgreich in Verwaltungsbezirken mit einem hohen Anteil von Ledigen. Je höher der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung ist, desto höher ist der Stimmenanteil der Linkspartei (Beta = 0,49).

In Verwaltungsbezirken, in denen relativ viele Erwerbspersonen selbstständig sind, erreicht DIE LINKE nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Je höher der Anteil der Selbstständigen ist, desto geringer ist der Stimmenanteil, den die Partei erzielt (Beta = -0,41).

Die Konfession hat bei den meisten Parteien einen signifikanten Einfluss auf den Stimmenanteil, so auch bei der Linkspartei. Wie bei SPD, GRÜNEN und AfD ist der Stimmenanteil der Linkspartei umso höher, je höher der Protestantenanteil im Vergleich zum Katholikenanteil ist (Beta = -0,34).

Ein positiver Zusammenhang zeigt sich auch mit einigen demografischen Merkmalen. Bessere Ergebnisse erzielen DIE LINKEN in Verwaltungsbezirken mit einem höheren Seniorenanteil (Anteil der 65-Jährigen und Älteren: Beta = 0,27), mit einem höheren Anteil an unter 18-Jährigen und einem höheren Frauenanteil (jeweils Beta = 0,17) sowie mit überdurchschnittlich zunehmendem Ausländeranteil (Beta = 0,22).

Weitere positive Effekte ergeben sich für den Wohnungsleerstand und den öffentlichen Schuldenstand. Die Partei DIE LINKE erzielt bessere Ergebnisse in Verwaltungsbezirken mit einer höheren Leerstandsquote (Beta = 0,16). Je höher eine kreisfreie Stadt, verbandsfreie Gemeinde oder Verbandsgemeinde verschuldet ist, desto eher erzielt die Partei DIE LINKE gute Ergebnisse (Beta = 0,13). Ein ähnlicher Effekt ist auch bei der SPD zu beobachten. Bei CDU und FDP dagegen hängt der Stimmenanteil negativ mit der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zusammen.

Für die SGB II-Quote, den Anteil an Personen ohne beruflichen Abschluss sowie den

Negativer Zusammenhang zwischen Selbstständigenanteil und Stimmenanteil der Partei DIE LINKE

Auch DIE LINKE stärker in eher protestantisch geprägten Verwaltungsbezirken

Wohnungsleerstand mit positivem Einfluss auf Stimmenanteil der Partei DIE LINKE

Erwerbspersonenanteil von Arbeitern und Angestellten zeigt sich kein Zusammenhang mit dem Stimmenanteil der Partei DIE LINKE. Mit den im Modell berücksichtigten Einflussfaktoren können auf Ebene der 139 untersuchten Verwaltungsbezirke jedenfalls keine signifikanten statistischen Zusammenhänge beobachtet werden.

Fazit

Starke Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen und ökonomischen Merkmalen und der Wahlbeteiligung bzw. den Parteistimmenanteilen

Die Höhe der Wahlbeteiligung und die Zweitstimmenanteile der Parteien variieren zwischen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zum Teil erheblich. Eine Erklärung dafür können unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen sein.

Die Wahlbeteiligung zeigt den stärksten statistischen Zusammenhang zum Anteil von Sozialleistungsempfängern an der Bevölkerung. Das Wahlinteresse ist in Verwaltungsbezirken unterdurchschnittlich, in denen der Anteil von SGB II- bzw. Hartz IV-Bezieherinnen und -Beziehern überdurchschnittlich ist.

Die Stimmenanteile der beiden großen Volksparteien werden maßgeblich von der konfessionellen Struktur beeinflusst. In vorwiegend katholisch geprägten Gebieten fällt das Ergebnis für die CDU besser aus, wohingegen in protestantisch geprägten Gebieten der SPD-Stimmenanteil tendenziell höher ist.

Der Wahlerfolg der AfD hängt statistisch nicht mit dem Ausländeranteil zusammen. Vielmehr erweist sich der Familienstand der Bevölkerung als wichtigstes Kriterium für das Abschneiden der AfD. Die „Alternative für Deutschland“ ist besonders dort erfolgreich, wo der Anteil der Ledigen vergleichsweise gering ist. Dieses Merkmal hat auch den stärksten statistischen Einfluss auf das Ergebnis der GRÜNEN und der Partei DIE LINKE, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Wo der Ledigenanteil hoch ist, sind die GRÜNEN und DIE LINKEN tendenziell stark.

Der FDP-Stimmenanteil wird am stärksten durch den Anteil der Selbstständigen beeinflusst. In Gebieten, in denen ein höherer Anteil der Erwerbstätigen selbstständig ist, sind die Liberalen besonders erfolgreich.

Info

Die Statistische Analyse N° 42 „Bundestagswahl 2017 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“ steht im Internet unter www.statistik.rlp.de/wahlnachtanalyse-bw2017 zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In der darin enthaltenen Aggregatdatenanalyse wurden Korrelationskoeffizienten für ausgewählte Strukturmerkmale und die Wahlbeteiligung bzw. Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien berechnet. Zusätzlich wurden in Kreuztabellen Abweichungen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bzw. den durchschnittlichen Stimmenanteilen in Verwaltungsbezirken mit den höchsten bzw. niedrigsten Merkmalsausprägungen dargestellt.



Wahlbeteiligung und Wählerverhalten hängen nicht nur mit strukturellen Charakteristika der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zusammen, sondern auch mit individuellen Merkmalen der Stimmberechtigten. Detaillierte Analysen nach Alter und Geschlecht werden auf Basis der Repräsentativen Wahl-

statistik durchgeführt, deren Ergebnisse in der Januar-Ausgabe der Statistischen Monatshefte veröffentlicht wurden.

Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.